Stellungnahme zum Antrag

Nr. AT/0045/2015

Beratung im **Stadtrat** am **17.09.2015**, TOP 21 öffentliche Sitzung

Betreff: Antrag der CDU-Ratsfraktion: Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Flüchtlinge und Asylbewerber bei der Stadt Koblenz

Stellungnahme:

Die Verwaltung nimmt wie folgt Stellung:

1. Leitstelle für Integration

Die bereits bestehende Leitstelle beim Ordnungsamt wurde um **eine Stelle** "Ehrenamtskoordination" verstärkt, nicht zuletzt aufgrund der Expertenanhörung des Stadtrates zu dem Thema "Situation der Asylbewerber in Koblenz" im März 2015 und der Entwicklungen in den letzten Monaten.

Die Ehrenamtskoordinationsstelle ist Ansprechpartner für ehrenamtlich Tätige, Vereine, freie Träger in allen Fragen zur Thematik "Asyl", die über die Aufgaben des Amtes für Jugend, Familie, Senioren und Soziales (Unterbringung, Sicherstellung des notwendigen Lebensunterhaltes, Leistungen bei Krankheit) hinausgehen, fungieren. Die ehrenamtlich Tätigen sollen beraten, begleitet und unterstützt werden. Es sollen Schulungsangebote und Engagementsmöglichkeiten vermittelt werden.

Darüber hinaus können weitere Aufgaben wie Maßnahmen zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt mit den vorhandenen Personalressourcen nicht geleistet werden.

Daher wird von der Verwaltung die Einrichtung einer Stelle im Vorgriff auf den Stellenplan befürwortet

.

2. Neue "Verwaltungsinterne Koordinierungsstelle"

Aufgrund der drängenden Fragestellungen hat der Stadtvorstand am 14.09.2015 eine dezernatsübergreifende Koordinierungsstelle mit Steuerungsfunktionen eingerichtet und zwar unter der Leitung des Büroleiters des Oberbürgermeisters, Herrn Metten-Golly, um kurzfristig zur Bewältigung der drängendsten Herausforderungen die Kompetenzen der einzelnen Dezernate und Fachämter zu koordinieren.

Koblenz, 15.09.2015

Tel.: 0261 129 1230

Die Verwaltungsinterne Koordinierungsstelle wird die Zusammenarbeit mit den jeweils verantwortlichen Fachdienststellen die Unterbringung von Flüchtlingen, die Vernetzung der großen Hilfsbereitschaft und des ehrenamtlichen Engagements sowie erste Integrationsmaßnahmen (wie z.B. die Sprachförderung) abstimmen.

3. Bildung eines Amtes für Integration

Um die Integration der in Koblenz lebenden und ankommenden Flüchtlinge sowie der Migrantinnen und Migranten in den kommenden Jahren weiterzuentwickeln und mit gebündelten Kräften zu forcieren, erarbeitet die Verwaltung ein Konzept für ein interdisziplinär angelegtes Amt, in dem alle Aufgaben und Zuständigkeiten zusammengeführt werden.

Nach Fertigstellung des Konzeptes wird dieses zur Beratung und zur Beschlussfassung dem Stadtrat vorlegt.

Beschlussempfehlung der Verwaltung:

Die Verwaltung schlägt vor, dem Antrag zu folgen.